

Mit uns für die Freiheit

100 Jahre SPD in Stuttgart

Herausgegeben von Siegfried Bassler
im Auftrag des Kreisverbandes der SPD

Mit einem Grußwort von Willy Brandt

Mit 144 Abbildungen

Thienemann

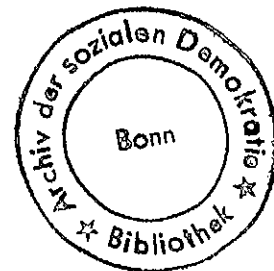
Inhalt

Grußwort	<i>Willy Brandt</i>	7
Zum Geleit	<i>Dieter Blessing</i>	8
Einleitung	<i>Siegfried Bassler</i>	11
1848–1878	Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Noch reine Männersache <i>Wolfgang Schmierer</i>	14 16
1878–1890	Das Verbot oder „die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ Aufklärung bei Nacht und Nebel <i>Christof Rieber</i>	32 34
1890–1914	Der Aufstieg Aus der Verfolgung in den Wartesaal 1. Klasse <i>Claus Eppe</i>	44 46
1914–1925	Krieg – Revolution – und wieder Opposition Große Hoffnungen und eine große Frau <i>Sylvia Neuschl-Marzahn</i>	74 76
1926–1945	„Hitler bedeutet Krieg“ Allein gegen rechts <i>Walter Nachtmann</i>	94 96
1945–1960	Wiederaufbau – Normalisierung – Krise der SPD Der Neubeginn <i>Bernd Burkhardt</i>	116 118
1960–1987	Höhepunkte, Niedergänge, Hoffnungen <i>Hans-Jürgen Waldschmidt</i> „Wohnungen, Wohnungen, Wohnungen. Straßen, Straßen, Straßen!“ <i>Karlheinz Fuchs</i>	131 150

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Mit uns für die Freiheit: 100 Jahre SPD in Stuttgart /
hrsg. von Siegfried Bassler, Bernd Burkhardt ... -
Stuttgart - Wien: Thienemann, 1987.
ISBN 3-522-62570-6

NE: Bassler, Siegfried [Hrsg.]; Burkhardt, Bernd
[Mitverf.]; Sozialdemokratische Partei Deutschlands /
Kreisverband
<Stuttgart>



© 1987 by K. Thienemanns Verlag, Stuttgart - Wien
Printed in Germany, alle Rechte vorbehalten

Redaktionelle Mitarbeit: Karlheinz Fuchs, Stuttgart
Umschlaggestaltung: Reichert Buchgestaltung in Stuttgart
Satz und Reproduktion: Grafische Kunstanstalt Walter Huber in Ludwigsburg
Gesamtherstellung: Wilhelm Röck in Weinsberg
Verlagsnummer 6257

1 2 3 4 5

B87-156

Rote Köpfe	158
Albert Dulk (1819–1884)	160
J. H. W. Dietz (1843–1922)	164
Karl Kloß (1847–1908)	168
Wilhelm Bloss (1849–1927)	170
Clara Zetkin (1857–1933)	175
Georg Baßler (1857–1900)	182
Wilhelm Keil (1870–1968)	184
Friedrich Westmeyer (1873–1917)	187
Franz Engelhardt (1879–1944)	191
Kurt Schumacher (1895–1952)	193
Erwin Schoettle (1899–1976)	198
Fritz Bauer (1903–1968)	202
Frieder Wurm (1902)	205
Anhang	209
Zeittafel	211
Gründungsdaten, Mitgliederzahlen	213
Wahlergebnisse	214
Autoren	216
Literatur zum Thema	217
Bildnachweis	218
Personenregister	219
Ortsregister	222
Danksagung	224

Grußwort

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

der SPD Stuttgart gilt mein herzlicher Glückwunsch zum hundertjährigen Bestehen. Ich gratuliere zugleich im Namen des Parteivorstandes.

Danken möchte ich allen, die an der Arbeit der Ortsvereine und des Kreisverbands teilhaben und immer wieder freiwillige Aufgaben für die Partei auf sich nehmen. Besonders Dank schulden wir den älteren Mitgliedern, die die Organisation aufgebaut und große Opfer auf sich genommen haben.



Die Wahl zum Deutschen Bundestag ist gelaufen, mit dem Ergebnis können wir nicht zufrieden sein. Gleichwohl, die Chance, uns in den kommenden Jahren mit Aussicht auf größeren Erfolg zu bewähren, ist gewahrt. Mit unseren Nürnberger Beschlüssen und dem Offenburger Wahlprogramm haben wir konkrete Antworten auf die Fragen der Zeit gegeben, die es weiter zu entwickeln gilt. Eine Gelegenheit dazu bietet das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern über das neue Grundsatzprogramm.

Die Mehrheiten für Abrüstung, für Arbeitsplätze, für Gleichstellung der Frauen, für neue Energiepolitik, für soziale Gerechtigkeit – diese Mehrheiten, die sich in der Gesellschaft abzeichnen, ohne daß sie sich in einem einheitlichen politischen Willen ausdrücken, gilt es, in der vor uns liegenden Zeit bundesweit zusammenzufassen und wirksam werden zu lassen. Dazu gehören eine offene Auseinandersetzung und eine geduldige Vertrauensarbeit. Selbstbewußte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden neue Glaubwürdigkeit erlangen.

Um unsere Vorschläge an die Menschen heranzutragen, brauchen wir eine starke, lebendige Parteiorganisation. Nur wer sich vor Ort rührt und bewährt, kann mit Aussicht auf Erfolg politische Verantwortung in Land und Bund fordern. Deshalb kommt der Arbeit vor Ort, über die Kommunalpolitik hinaus, so große Bedeutung zu.

In diesem Sinne wünsche ich Euch und dem Kreisverband Erfolg.

Mit herzlichen Grüßen

Euer

Das Verbot oder „die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“

Zweimal zwölf Jahre Verbot, 1878 zuerst, 1933 noch einmal. Innerhalb von 67 Jahren war die SPD 24 Jahre lang verboten! Wer will das heute noch wissen? Nicht nur der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat es verdrängt. — Die sozialdemokratische Presse im Stuttgart jener ersten zwölf Jahre von 1878 bis 1890 gibt ein Bild vom Widerstand mutiger Männer gegen Unterdrückung und Verfolgung; die Redakteure mußten ihre Courage oft mit Gefängnis büßen. 1878 erscheint noch die „Süddeutsche Volkszeitung“, das offizielle Organ der Partei. Nach dem Verbot geht sie ein. Am 24. Oktober 1878 wird sie ersetzt durch die „Stuttgarter Presse“, die Anfang 1879 ebenfalls verboten wird. Am 30. Januar erscheint die letzte Nummer. Am 1. Februar tritt „Das Vaterland“ an ihre Stelle. Zwei Ausgaben können erscheinen, erneutes Verbot. Am 1. April 1882 wird dann das „Schwäbische Wochenblatt“ ins Leben gerufen, das sich bis zum Ende der Verbotszeit hält. — Zweimal werden Sozialdemokraten zu Staatsfeinden erklärt, zweimal unterdrückt, verfolgt, verboten. Bismarck gab das Beispiel, der „eiserne“ Kanzler; der andere machte es ihm nach, gründlicher. Mögen die Formen der Unterdrückung damals „humaner“ gewesen sein im Vergleich mit dem Mordapparat des barbarischen Nazi-Systems, eine fatale Parallelität ist nicht zu übersehen: Bismarck – Hitler! Wie auch immer die Verbindungslinien laufen mögen, es ist ein innerlich schwacher Staat – mag er sich nach außen noch so martialisch geben –, der sich eine Sozialdemokratie nicht leisten kann.

8: Bericht der „Süddeutschen Volkszeitung“, des Organs der Sozialdemokratie, über die Verhaftung des Stuttgarter Reichstagskandidaten Albert Dulk am Tag vor der Wahl. Am 21. 10. 1878 trat das Sozialistengesetz in Kraft. Die „Süddeutsche Volkszeitung“ mußte ihr Erscheinen einstellen.

Süddeutsche Volkszeitung.

Organ für das arbeitende Volk.

Die „Süddeutsche Volkszeitung“ erscheint jeden Mittwoch u. Samstag.
 Inseratverträge: Die einseitige Zeitungszeitung 6 Pf., für Nicht-Abonnenten 8 Pf. Die beiden Seiten und Freitag Morgen 3 Uhr erscheinende Anzeigen haben in nächster Aufnahme.

Abonnementspreis monatlich 30 Pf., frei in's Haus in Stuttgart 35 Pf., auswärts durch die Posten 35 Pf., durch die Post und Landbriefträger vierteljährlich 1 M. 10 Pf., Einzelne Nummern 10 Pf.

Sämtliche Agenten u. Filial-Expeditionen nehmen Bestellungen nur gegen Vorauszahlung entgegen. Stuttgart, Donnerstag, 1. August. Redaktion: Paulinenstraße 45 in Stuttgart. Expedition: Paulinenstraße 45.

Am Tage vor der Wahl wurde unser Candidat, Herr Dr. Dulk, das social. Wahlcomite, der Vorstand der Genossenschafts-Buchdruckerei und das ganze Personal der Druckerei und Expedition der „Südd. Volkszeitung“ verhaftet.

Parteigenossen! Es ist Eure Pflicht, die Inhaftirten, fast lauter Familienväter, zu unterstützen. Beiträge für den Inhaftirtenfond werden in der Expedition der „Südd. Volkszeitung“ entgegengenommen.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. August begann ein neues Quartal. Versäume kein freisprechender Mann, auf unter Blatt zu abonnieren. In der jetzigen Reactionsepoche muß es sich jeder Genosse zur Aufgabe machen, monatlich wenigstens einen Abonnement zu gewinnen. Versuchen Sie es! Die Abonnementen sollen uns ein neuer Sporn sein zur Gewinnung von Abonnenten für die „Südd. Volkszeitung“. In keinem Haus, in keiner Familie sollte sie fehlen. Der Preis pro Quartal beträgt durch die Post 1 M. 10 Pf. In Stuttgart und bei den Filialen monatlich 30 Pf., frei in's Haus 35 Pf.

Arbeiter! Ihn Eure Schuldigkeit.
 Die Redaktion und Expedition der Süddeutschen Volkszeitung.

Social-politische Rundschau.

Stuttgart, den 31. Juli 1878.
 — O, welche Lust, Soldat zu sein! In Angold hat sich ein Soldat des 15. Infanterie-Regiments durch zwei Revolvergeschosse entleert. — Ein vor längerer Zeit aus Furcht vor Strafe desertierter preussischer Unteroffizier des Landwehr-Regiments-Commando's Angold hat wurde bei Krichim tot aus der Donau gezogen. — Bei Würzburg versuchte sich ein Soldat des 9. Infanterie-Regiments im Mann zu erdanken, wurde jedoch trotz seiner heftigen Gegenwehr von 2 Bürgern aus Wetzlar.

— Einem in Wittenberg auf falsche Aussage hin wegen Mordversuchs zu 12jähriger Zuchthausstrafe Verurtheilten ist es sehr, nachdem er bereits 1 1/2 Jahre von dieser Strafe verabschiedet hatte, selbige keine Unschuld zu beweisen. In einer Sitzung des Mittelständischen Schwurgerichts vom November 1878 sagte die als Zeugin vernommene Alberta Drenig auf ihren Eid aus, „daß der Mörder der Wittendauer keine Unschuld zu beweisen. In einer Sitzung des Schwurgerichts sagte sie mehrere an ihrem Körper befindliche Wunden vor. Wie sich nun herausstellte, ist diese ganze Erzählung erdichtet und die Wunden hatte sich die Zeugin selbst beigebracht. Die Drenig wurde nun zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt, und gegen Wittendauer wird jetzt das Verfahren zu seiner Rehabilitation aufgenommen.“

— Was die Regierung vom neuen Reichstag will, geht demnach aus folgender Notiz der „Nordd. Allg. Zig.“ hervor. Es heißt da: „Die bestehenden Befehle auf dem Gebiete der Presse und des Berichtswezens reichen nicht aus, um den Agitationen mit Erfolg zu begegnen. Die socialdemokratische Seite kann nicht verhindern, die vord. Bl.“

willigt werden, wenn die Regierung nicht Vollmachten erhält, die socialdemokratischen Zeitungen, die täglichen Beheimlicher von Unbestimmtheiten und die socialdemokratischen Vereine und Versammlungen, diesen Allen zugänglichen Herd vorstehender Aufregung ganz zu verbieten.“ Das nennt man offen gesprochen.

— Das Reich eilen dahin vor sich des Fürsten Bismarck richtet schon vor seiner Verwirklichung großer Unheil an. Von sehr unverständiger Seite geht uns die Nachricht zu, daß sämtliche Privatgesellschaften nur die allernützlichsten Reparatursarbeiten gegenwärtig machen lassen, da sie die Zeit nicht mehr fern glauben, daß ihre Bahnen in den Staaten, resp. Reichsbahnen übergehen. Dadurch aber tritt natürlich eine Störung in dem Betriebe der Fabriken ein, welche Eisenbahnbedarf produzieren; dadurch entstehen wiederum Arbeitsverlosungen und Lohnverlosungen. — Eine solche Verlosung das! Und eine herrliche Ordnung: Steuererhöhung, Arbeiterelend, Reichsbahnenfahrpreise, Volknoth, Ausnahmegerichte — armes Vaterland!

— Gegenüber gewissen Ausfällen aus einem und unbekanntem, angeblich in Konton erscheinenden Blatte, behauptet „Die Commune“, welches die Berliner Diktatoren der deutschen Socialdemokratie und speziell dem Hamburger Ausschuss in die Schuhe schieben wollen, erklärt August Selb Romanus der Letzteren, daß die deutschen Socialisten in keinerlei Verbindung mit dem genannten Blatte stehen, auch niemals zu propagandistischen Zwecken Geld nach London geschickt haben. Nun, Herr Hölzer, was sagen Sie dazu.

— Den Herren Staatsanwälten zur gefälligen Nachsicht empfohlen. Wie aus Pfl. berichtet wird, richtete Justizminister Pauler einen Erlaß an die Staatsanwälte und Staatsanwaltschaften, worin die Gerichtsbeamten daran gemahnt werden, sich von politischen Agitationen fernzuhalten, die freie Ausübung politischer Handlungen zu respektieren und die Werbung für bestimmte Kandidaten zu unterlassen. Soweit sich wie seitlich in Wittenberg noch nicht.

— Die Raanheimer Blätter enthalten unter den Helms-Ankündigungen auch die des dortigen altkatholischen Pfarrers Friedrich Andreas Bauer mit Hermine Ehler. Der genannte Herr war bis zum Jahre 1876 Dom-Capellmeister und Domprediger in Kottenburg. Wohl bekommen!

— 200 Millionen Mark neue Steuern. Das große preussische Republikanische Organ, die „Prov. Corr.“, welche von Bismarck inspiriert wird, sucht es zu vertuschen, daß die geplanten indirekten Steuern auf eine Steuererhöhung von mehreren hundert Millionen hinauslaufen. Es handelt sich hier um Aufbringung der Steuern „in schonender Weise“. Was es mit diesem Vertuschungsversuche anfangs des geplanten Tabakmonopols z. auf sich hat, würde der Leser klar erkennen, auch wenn es kein April wäre, welches ihn

der offiziell vorgelegten Thematik daher genoss den reaktionären Winkelblättern zum Vermissen und wahren deren Seiten glückliche Verdonnung. Erwähnen wollen wir aber noch, daß die „Prov. Corr.“ als Beweis für ihre Behauptungen nichts weiter anführen weiß, als die Phrase: „Im Uebrigen wiß unser Volk, daß Preussens Fürsten von jeher die Sorge für das wahre Wohl des Volkes und namentlich auch für das wirtschaftliche Wohl als ihre erste Pflicht erachtet haben, und die Wähler hätten auch jetzt bei jeder Verlesung zur Regierung des Reiches haben, daß sie bei ihren Absichten zur Reform des Steuerwesens in Wahrheit die Gerechtigkeit der Steuerzahler, besonders der ärmeren Volksschichten zum Ziel hat.“ Eine solche „Deweisführung“ wird selbst der reaktionären „Reaktion“ zu hoch, und sie schreibt dagegen: „Wir hätten es nicht für eine gesunde, nicht einmal für eine erlaubte Politik, Preussens Fürsten in den Wahlkampf zu ziehen, wie dies das ministerielle Organ hier thut. Niemand wird leugnen, daß den Fürsten Preussens das Wohl des Landes am Herzen liegt; ein Anderes aber ist es, ob wechselnde Regierungen überall den richtigen Weg finden, um das Wohl des Landes zu fördern. Das Urtheil über diese Frage mag das Volk anbelangt bleiben und man darf seine Entscheidung nicht dadurch beeinflussen wollen, daß man es auf die gefällige Person des Monarchen verweist.“ Sehr richtig — und das Volk wird auch wissen, was es auf solche offizielle Vertuschungsversuche zu antworten hat.

— 200 Millionen Mark neue Steuern. Das große preussische Republikanische Organ, die „Prov. Corr.“, welche von Bismarck inspiriert wird, sucht es zu vertuschen, daß die geplanten indirekten Steuern auf eine Steuererhöhung von mehreren hundert Millionen hinauslaufen. Es handelt sich hier um Aufbringung der Steuern „in schonender Weise“. Was es mit diesem Vertuschungsversuche anfangs des geplanten Tabakmonopols z. auf sich hat, würde der Leser klar erkennen, auch wenn es kein April wäre, welches ihn

— 200 Millionen Mark neue Steuern. Das große preussische Republikanische Organ, die „Prov. Corr.“, welche von Bismarck inspiriert wird, sucht es zu vertuschen, daß die geplanten indirekten Steuern auf eine Steuererhöhung von mehreren hundert Millionen hinauslaufen. Es handelt sich hier um Aufbringung der Steuern „in schonender Weise“. Was es mit diesem Vertuschungsversuche anfangs des geplanten Tabakmonopols z. auf sich hat, würde der Leser klar erkennen, auch wenn es kein April wäre, welches ihn

Hamburg, den 27. Juli. In der heutigen Gerichtsverhandlung wurde Hoffmann freigesprochen, jedoch auf einen erbetenen Antrag wieder verhaftet. Hoffmann wurde zu 1/2 Jahr, Rann zu 1/2 Jahr Gefängnis verurtheilt. Wolfert und Haslan wurden freigesprochen und mit Jubel von der Menge, die zu Tausenden das Urtheil erwartete hatte, empfangen. (D. N. S.)

Hamburg, die wir schon gemeldet, ist Genosse Selb in der Lombard-Affäre freigesprochen worden. Nachfragen haben wir, daß der Staatsanwalt für jetzt 60 Mark Strafe, in Summe die Kleinigkeit von 687,000 Mark bestrafte hatte.

Wien, 20. Juli. Die Uebersetzung der Grenze durch die kaiserlich österreichischen Truppen hat heute in bester Ordnung und ohne Störung stattgefunden. Czernyberg Johann Salvator ist an der Spitze einer Brigade in Berber (Wosina) eingesetzt.

Wien, Nach einer hier eingetroffenen Meldung hat sich in Goetz der Generalmajor a. D. Graf Radetzky, der einzige Sohn des (1858 verstorbenen) Feldmarschalls Radetzky, erschossen.

Aufklärung bei Nacht und Nebel

Nachdem am 21. Oktober 1878 das Sozialistengesetz in Kraft getreten war, wurde die Stuttgarter Parteileitung dreimal vom Stadtdirektor vorgeladen und verhört. Obwohl die Genossen erklärten, die württembergische (und die Stuttgarter) SAP habe bereits ihre Auflösung beschlossen, wurde dem Vorsitzenden Adam Dietrich bei einer vierten Vorladung die offizielle Verbotsverfügung, datiert vom 6. November, ausgehändigt. Damit war die Partei formell zerstört, nicht aber die informelle Zusammenarbeit der Stuttgarter Sozialdemokraten. Zwar resignierten nun viele und waren für aktive Parteiarbeit nicht mehr zu gewinnen. Auch wirkte es einschüchternd, daß sämtliche sozialistischen Gewerkschaften und Gesangsvereine ebenfalls aufgrund des Sozialistengesetzes verboten wurden. Doch ein harter Kern der Stuttgarter Genossen war entschlossen, nicht kampflös aufzugeben.

Nun galt es zunächst zu erhalten, was übriggeblieben war: die Parteizeitung, die Genossenschaftsbuchdruckerei, die einzelnen Parteimitgliedern gehörte, und die nicht verbotenen Hilfskassen der Gewerkschaften. Am 23. Dezember 1878 lehnte der Kreisgerichtshof Stuttgart den Antrag der Stadtdirektion Stuttgart auf Schließung der Genossenschaftsbuchdruckerei mit der Begründung ab, das Sozialistengesetz habe keinesfalls rückwirkende Kraft – eine in der damaligen Zeit durchaus mutige Richterentscheidung. Zu einem aktuellen Verbot gab es keinen Anlaß, weil die Genossen aus Vorsicht die in der Druckerei hergestellte Parteizeitung, die „Süddeutsche Volkszeitung“, hatten eingehen lassen. Statt dessen wurde vom 24. Oktober an die „Stuttgarter Presse“ herausgegeben, de facto ein Nachfolgebblatt. Unter der „sozialistengesetzlichen“ Zensur war allerdings eine freie Sprache nicht mehr möglich. Doch versuchte man wenigstens,

für „Demokratie und Unabhängigkeit“ einzutreten und gegen „Korruption“ zu kämpfen. Anfang 1879 wurde die „Stuttgarter Presse“ zwar verboten, aber wiederum rasch durch eine neue Zeitung, „Das Vaterland“, ersetzt. Doch hinderten die Behörden sie für vorläufig vier Wochen am Erscheinen, was die Genossenschaftsbuchdruckerei so nachhaltig schädigte, daß das Blatt an einen Verleger verkauft werden und die Genossenschaft sich 1881 selbst auflösen mußte. Indessen verhinderte der Kreisgerichtshof das endgültige Verbot dieser Zeitung, weil er in ihr keine Fortsetzung der „Stuttgarter Presse“ sah. Nach einem neuerlichen Verfahren allerdings wurde das „Vaterland“ am 2. August 1881 verboten. Damit hatte sich, nun endlich, der württembergische Innenminister durchgesetzt, der darauf drängte, die Sozialdemokratie insgesamt vor Beginn des Reichstagswahlkampfes mundtot zu machen. Geschickt hatte er das Verfahren so angelegt, daß nicht die württembergische Justiz damit befaßt wurde, sondern die für ihre härtere Entscheidungspraxis bekannte Reichscommission, die erwartungsgemäß die Beschwerde gegen das Verbot verwarf. Die Verbotsverfügung der Regierung des Neckar-Kreises entbehrt nicht einer gewissen Komik: Die Kritik des „Vaterlands“ enthalte, so der „Originalton“ dieser Verfügung

„... ein vollständiges sozialdemokratisches Programm, das in die Form eines Zitats aus dem Programm der Volkspartei gekleidet sei: ‚die ökonomische Befreiung der arbeitenden Klassen und die Verwirklichung der politischen Freiheit.‘“ [1]

Pfiffig waren sie schon, die Stuttgarter Genossen. Offen für ihre Ziele werben konnten sie nur mit Flugblättern, die rasch und heimlich verbreitet werden mußten, bevor sie verboten waren und ihre Verbreitung strafbar wurde. Gustav Kittlers Bericht über die sub-

versive Art der Flugblattverbreitung in Heilbronn dürfte auch für Stuttgart zutreffen: Sie sei betrieben worden, indem

„... von Zeit zu Zeit, bei Nacht und Nebel, bei Winterkälte, Sturm und Regen, scharfgeschriebene Flugblätter in die Massen geschleudert wurden, ein Stück Arbeit, von dem man sich einen Begriff machen kann, wenn man weiß, daß die Genossen manche Samstagnacht die ganze Nacht auf den Beinen waren, um dies zu besorgen.“ [2]

Die Flugblätter wurden nicht nur im Stadtbereich verteilt, sondern bis auf die Filder hinauf, denn auch die Bauern sollten durch scharfe Kritik an den hohen Steuern gewonnen werden. Die Fahndung nach den Verbreitern der Flugblätter nahm nicht selten groteske Formen an. So gelang es im Filderort Bonlanden dem Nachtwächter nicht, zwei Flugblattverbreiter zu erwischen, weil er von den Bauern, die er aus dem Schlaf geholt hatte, damit sie ihm bei der Festnahme halfen, ausgelacht worden war. [3] Da eigene Versammlungen bis Mitte 1881 von der Polizei grundsätzlich nicht zugelassen wurden, besuchten die Sozialdemokraten gegnerische Versammlungen, um für ihre Ziele zu werben. Zum Eklat kam es am 15. Juni 1880 im Cannstatter Kursaal bei einer Versammlung der konservativen „Deutschen Reichspartei“. Die dort erschienenen Stuttgarter Sozialdemokraten versuchten, einen der Ihren zum Sammlungsvorsitzenden wählen zu lassen, um sich günstige Diskussionsbedingungen zu verschaffen. Darauf lösten die Veranstalter die Versammlung auf und verlegten sie in einen anderen Saal, wo man dann unter sich war. Stuttgarts Presse empörte sich über das „terroristische Auftreten“ der Sozialdemokraten. [4] Die bürgerlichen Parteien ließen schließlich in ihren Versammlungen Sozialdemokraten nicht mehr zu Wort kommen. So auch die Volkspartei, weil sie – nicht ganz zu Unrecht – befürchten mußte, daß sonst ihre Versammlungen aufgrund des Sozialistengesetzes aufgelöst werden könnten, wie dies am 21. April 1881 in Esslingen wegen des Auftretens von August Bebel geschehen war.

Die illegale Arbeit beschreibt Wilhelm Keil später so:

„In der Hauptstadt waren schon anfangs dieser Passionszeit die Genossen trefflich organisiert, und der Kontakt mit der Provinz war hergestellt und wurde immer straffer ausgestaltet. Die Stuttgarter Genossen waren in zahlreiche kleinere Gruppen eingeteilt, mit je einem ‚Gruppenführer‘. Die Gesamtheit der Gruppen bildete die lokale Vereinigung mit Vorsitzendem und Kassier. Die Gruppenmitglieder kamen periodisch in einem bestimmten Lokal zusammen, nach und nach, um bei polizeilichen Aufpassern keinen Verdacht zu erregen. Dabei wurde eine Wache aufgestellt, und ein Mitglied hatte ein harmloses Buch aufgeschlagen vor sich liegen, woraus bei einem polizeilichen Überfall vorgelesen werden sollte. Durch die Gruppenführer wurden die Mitglieder über Ort und Zeit der Parteiversammlung informiert. So konnten die Parteiangelegenheiten in Heimlichkeit beraten und geregelt, Beiträge und Abonnementsgelder für den ‚Sozialdemokrat‘ erhoben und deren Abführung in die Wege geleitet, die Unterstützung Gemaßregelter bewerkstelligt, die Verbreitung des ‚Sozialdemokrat‘ und anderer verbotener Schriften betrieben, Reden und Vorträge von der Leber weg gehalten, Meinungsgegensätze zum Austrag gebracht und sogar revolutionäre Lieder gesungen werden, häufig, um die Polizei aufs Eis zu führen, nach der Melodie ‚patriotischer‘ Lieder ... Zuerst wurden die geheimen Parteiversammlungen im Schlachthausaal abgehalten, später in dem von der Straße abgelegenen Gartensaal einer Wirtschaft in der Bergstraße. Auch jährliche Lassallefeiern und Landesversammlungen fanden statt, die letzteren außerhalb Stuttgarts, wo man vor dem Argusauge der Polizei sicherer war.“ [5]

Das geheime Vertriebssystem der Partei, von dem Keil berichtet, war aufgebaut worden, um unzensurierte Schriften aus Zürich nach Deutschland zu bringen und hier illegal zu verbreiten, vor allem den „Sozialdemokraten“, die klassenkämpferische Wochenzeitung der Partei. Nur gelegentlich gelang es der Polizei, Verantwortliche für das illegale Schriften-Vertriebssystem zu überführen. Sei es durch Zufall, sei es durch Denunziation des Polizeispitzels Christian Waiblinger: 1881 stieß die Polizei auf den Hauptaus-

lieferer des „Sozialdemokraten“ für Süddeutschland, den Stuttgarter Oskar Pfau. In seiner Wohnung fand sie mehrere Zeitungspakete. Neun davon waren zum Versand bereit und enthielten Exemplare des „Sozialdemokraten“. Auch kam eine Chiffrierscheibe mit Gebrauchsanweisung zum Vorschein. Bei der Leibesvisitation schließlich wurden Pfau Fetzen eines Frachtbriefs aus der Hosentasche gezogen, den er bei seiner Festnahme zerrissen hatte. Vergeblich versuchte er, das „Deckadressen-Verzeichnis“, das er stets bei sich führte, hinunterzuschlucken. Nach diesem spektakulären Fang ordnete die Polizei an, daß am folgenden Morgen zur selben Stunde – es war der Samstag vor Ostern – in ganz Süddeutschland weitere Haussuchungen erfolgen sollten. Doch bei dieser großangelegten Aktion wurde die Polizei nur in einem einzigen Fall fündig. Pfau aber hielt dicht, verriet keinen seiner Genossen und nahm die Höchststrafe von sechs Monaten für fortgesetzte Verbreitung verbotener Schriften auf sich. [6] Die Folge von Pfaus Verhaftung war, daß während des Frühjahres 1881 in Stuttgart und anderswo im Württembergischen Sozialdemokraten wochenlang in Untersuchungshaft gehalten wurden, ohne daß je Anklage gegen sie erhoben worden wäre. Die Parallele zu der später von den Nazis schon unmittelbar nach der Machtergreifung praktizierten „Schutzhaft“ ist nicht zu übersehen. Erst als der „Beobachter“, die Parteizeitung der Volkspartei, eine Pressekampagne gegen solche Untersuchungshaft mit Strafcharakter führte, hatte dieser Rechtsmißbrauch ein Ende.

Zu einer aufsehenerregenden Parteimonstration machten die Genossen 1881 die Beerdigung von Gottlob Eitle, einem ehemaligen Präzeptoratsverweser. Eitles Kontakte zur Sozialdemokratie waren denunziert worden. Daraufhin wurde er aus dem gymnasialen Schuldienst entfernt. Wenig später starb er an einer Krankheit. Auf dem Pragfriedhof versammelten sich über 400 Sozialdemokraten und demonstrierten ihre Gesinnung mit roten Blumen im Knopfloch und roten Schleifen an den Kränzen. In seiner Grabrede übte Albert Dulk harte Kritik am Sozialistengesetz und berief sich auf die

Menschenrechte, zu denen es im Widerspruch stünde. [7] Die Stuttgarter Polizei, die erst nachträglich davon erfuhr, wurde daraufhin ermahnt, künftig beim Tod eines Sozialdemokraten vorbeugende Maßnahmen zu treffen und bei Begräbnissen gegen „alles Demonstrative“ und Rote einzuschreiten.

Über die Periode der „harten“ Praxis des Sozialistengesetzes, die bis Herbst 1881 andauerte, berichtet Wilhelm Keil, es sei

„... in den ersten Jahren ... mit voller Schärfe gehandhabt worden. Jede Arbeiterversammlung wie auch andere Versammlungen, die sozialistisch verdächtig waren, so die Freidenkerzusammenkünfte, jede Arbeiterfeier und selbst Begräbnisse wurden polizeilich streng überwacht, jedes unvorsichtige Wort führte zu Vernehmungen, Sistierungen, Untersuchungsgefängenschaft und eventuell zur Anklage. Vielfach war die Abhaltung von Versammlungen auch durch Abtreiben von Lokalen erschwert.“ [8]

Die Gastwirte wurden also von der Polizei unter Druck gesetzt, den Sozialdemokraten ihre Wirtsräume nicht zu überlassen.

Streiks, Wahlen und ideologische Strömungen

Nach der Reichstagswahl im Herbst 1881 machte sich auch in Stuttgart die Phase der „milden“ Praxis des Sozialistengesetzes bemerkbar, die nun einsetzte. Bereits während des Wahlkampfes waren von Sozialdemokraten einberufene Versammlungen wieder zugelassen worden. Die Verfolgung in Württemberg ließ jetzt nach, was eine Reihe von Genossen anzog, die anderswo aufgrund des Sozialistengesetzes ausgewiesen worden waren, namentlich die drei Reichstagsabgeordneten J.H.W. Dietz und Wilhelm Blos aus Hamburg sowie Bruno Geiser aus Leipzig. Stuttgart entwickelte sich fortan nachgerade zum Zufluchtsort für verfolgte Sozialdemokraten. Dies galt auch für gewerkschaftliche Zentralverbände und für einen wichtigen Teil der sozialdemokratischen Druck- und Verlagstätigkeit.

1883 verfolgten die Genossen in ganz Deutschland sechs Wochen lang mit großer

Aufmerksamkeit den Schreinerstreik in Stuttgart, den größten Streik, den man in Württemberg bis dahin erlebt hatte. Auf den Ausstand von 128 Arbeitern reagierten die Unternehmer mit der Aussperrung von weiteren 720 Möbel-Fabrikarbeitern. Die Sache endete – nicht zuletzt dank reichlicher in- und ausländischer Spenden – mit einem nicht unbedeutenden Erfolg. Es wurden Lohnerhöhungen von durchschnittlich 6 Prozent, die Vergütung von Überstunden und die Bestätigung des Zehnstundentags durchgesetzt. Der anfangs kleine Stuttgarter Schreiner-Fachverein unter Leitung von Karl Kloß hatte zeitweise 800 Mitglieder und führte der sozialdemokratischen Partei neue Anhänger zu. [9] Als es 1884 zur Gründung eines reichsweiten gewerkschaftlichen Zentralverbands der Schreiner kam, wurde Stuttgart zum Verbandsitz und Karl Kloß, von dem die Initiative zur Verbandsgründung ausgegangen war, zum Vorsitzenden bestimmt.

Seit dem 1. April 1882 erschien in Stuttgart nach achtmonatiger Pause im Verlag von J. H. W. Dietz wieder eine sozialdemokratische Parteizeitung, das „Schwäbische Wochenblatt“. Nachfolgeblatt wurde vom 1. September 1890 an, nunmehr als Tageszeitung, die „Schwäbische Tagwacht“.

Während der achtziger Jahre nahm die Mitgliederzahl der Partei in Stuttgart zu. 1888 zählte die Stuttgarter Polizei als „wirklich aktive Mitglieder“ 222 „sozialdemokratische Agitatoren und sonstige Träger von Vertrauensposten“. Auffallend ist der hohe Anteil von Nichtwürttembergern, 94 an der Zahl. Die am häufigsten vertretenen Berufe waren Schreiner (55), Buchbinder (41), Schneider (22), Schuhmacher (18) und Schriftsetzer (12). Am 7. Juni 1888 nahm die Polizei bei 29 Stuttgarter Genossen Haussuchungen vor. Bei dem Schreiner Altreuther fand sie im Bettrost versteckt das Kassenbuch der Stuttgarter Partei und deren Kasse mit 247 Mark Inhalt. Das Belastungsmaterial reichte der Justiz aber nicht für einen großen Geheimbundprozeß aus, sehr zum Ärger der Stuttgarter Polizei. Am Ende wurden nur zwei Sozialdemokraten zu Gefängnisstrafen von sechs bzw. vier Monaten verurteilt.

In den letzten Jahren des Sozialistengesetz-

zes wurden in den Stuttgarter Stadtteilen legale sozialdemokratische Vereine gegründet, in denen allgemein interessierende Fragen zur Sprache kamen. Am 13. Dezember 1886 entstand der „Arbeiter-Verein für die untere Stadt und Prag“, am 14. März 1887 der „Arbeiter-Verein Heslach“ und am 27. Oktober 1889 der „Arbeiter-Verein Gablenberg“. Die Stuttgarter Polizei zählte 1888 außerdem vier sozialdemokratische Gesangsvereine: „Buchbinder-Männerchor“, „Alpenrösli“, „Liederheim“ und „Liederlust“. [10]

Bei den Reichstagswahlen wurden die Erfolge der Zeit vor dem Sozialistengesetz erst 1890 übertroffen. Die Stimmanteile lagen bei gut 20 Prozent. 1890 stiegen sie auf 37,2 Prozent, was 10446 Stimmen entsprach, gegenüber 4646 Stimmen (bzw. 26,4 Prozent) im Jahr 1877 für Albert Dulk. Erstmals in Württemberg stand am 27. Februar 1890 ein Sozialdemokrat in der Stichwahl. Doch der Kandidat Karl Kloß unterlag mit 44,6 Prozent seinem nationalliberalen Konkurrenten Gustav Siegle (Deutsche Partei) deutlich. Siegle errang 54,8 Prozent der Stimmen. Erbittert klagten die Stuttgarter Genossen im „Sozialdemokraten“, die Volkspartei habe allein in Württemberg der sozialdemokratischen Wahlhilfe bei den Stichwahlen fünf Reichstagsmandate zu verdanken! In der Landeshauptstadt Stuttgart dagegen hätten prominente Führer der Volkspartei öffentlich Stimmhaltung empfohlen, worauf die Mehrheit der Wähler der Volkspartei lieber für den großbürgerlichen Fabrikanten Siegle als für den Gewerkschaftsfunktionär Kloß gestimmt hätten. Die offizielle Wahlempfehlung der Volkspartei für Kloß hatte offensichtlich nur geringe Wirkung. In der ersten Empörung über die Niederlage in der Stichwahl forderte der sozialdemokratische Stuttgarter Journalist Georg Baßler sogar, man solle „nie und nimmermehr“ mit der Volkspartei paktieren und sich fortan ganz auf die eigenen Kräfte verlassen. [11]

Auch bei den Landtagswahlen von 1882 und 1889 erzielten die Stuttgarter Sozialdemokraten mit 22,5 und 23,8 Prozent nur Achtungserfolge. Bei den Kommunalwahlen waren sie noch viel weiter davon entfernt, Man-

No. 61. Süddeutsche Volks-Zeitung. Organ für das arbeitende Volk.

1878, 6. Jahr.

Die „Süddeutsche Volkszeitung“ erscheint jeden Freitag mit einer Sonntagsausgabe.

Abonnementpreis: Die halbjährige Ausgabe 1 Mk. 50 Pf., die jährliche Ausgabe 3 Mk. 50 Pf., die dreimonatliche Ausgabe 1 Mk. 50 Pf.

Einzelne Nummern 10 Pf.

Gesamtl. Agenten u. Filial-Expeditoren nehmen Bestellungen nur gegen Vorauszahlung entgegen.

Stuttgart, Donnerstag, 1. August. Redaktion: Panfilsstraße 45 in Stuttgart. Expeditoren: Panfilsstraße 45

No. 28. 1. Jahrg.

Stuttgarter Presse.

Gesamtl. Agenten u. Filial-Expeditoren nehmen Bestellungen nur gegen Vorauszahlung entgegen.

Stuttgart, Samstag, 28. Dezember 1878.

Abonnementpreis: Die halbjährige Ausgabe 1 Mk. 50 Pf., die jährliche Ausgabe 3 Mk. 50 Pf., die dreimonatliche Ausgabe 1 Mk. 50 Pf.

Redaktion und Expeditoren: Paulinenstraße Nr. 45 in Stuttgart. Die „Stuttgarter Presse“ erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag. Einzelnenummerpreis: Die halbjährige Ausgabe 1 Mk. 50 Pf., die jährliche Ausgabe 3 Mk. 50 Pf., die dreimonatliche Ausgabe 1 Mk. 50 Pf.

Probenummer.

Das Vaterland.

Erste Ausgabe Sonntag, 1. Februar 1879. 1. Jahrg.

Die halbjährige Ausgabe 1 Mk. 50 Pf., die jährliche Ausgabe 3 Mk. 50 Pf., die dreimonatliche Ausgabe 1 Mk. 50 Pf.

Nr. 1. Stuttgart, Samstag, 1. Februar 1879. 1. Jahrg.

Schwäbisches Wochenblatt.

Organ für Politik und Volkswirtschaft.

Nr. 77. Stuttgart, Dienstag, den 1. Juli 1890. 9. Jahrg.

Arbeiter, tretet ein für das „Schwäb. Wochenblatt“, das einzige Arbeiterorgan Württembergs

Schwäbische Tagwacht.

(Früher Schwäbisches Wochenblatt.)

Nr. 1. Stuttgart, Montag, den 1. September 1890. 10. Jahrg.

9: Die sozialdemokratische Tagespresse vor, während und nach der Verbotszeit. Die „Neue Zeit“ war das theoretische Organ der Partei, herausgegeben von Karl Kautsky; der „Wahre Jacob“, mit einer Auflage von 380000 im Jahre 1914, brachte die Überschüsse, um defizitäre Blätter wie die „Gleichheit“ finanzieren zu können, welche von 1892 bis 1917 von Clara Zetkin redigiert wurde.

Die Neue Zeit

Revue

des geistigen und öffentlichen Lebens

Erster Jahrgang

Stuttgart

Druck und Verlag von J. F. W. Völk

1889

Erste Ausgabe am ersten eines jeden Monats. Preis pro Nummer 10 Pfennig.

1884.

Wahre Jacob

Illustrirtes humoristisch-satirisches Monatsblatt.

Wahrheit. Am ersten eines jeden Monats erscheint das Blatt des national-revolutionären Monatsblatts „Wahre Jacob“ in Stuttgart. Der „Wahre Jacob“ ist ein solches Blatt, das die Interessen der Arbeiterklasse in Stuttgart und Umgebung in der bestmöglichen Weise darstellt. Der „Wahre Jacob“ ist ein solches Blatt, das die Interessen der Arbeiterklasse in Stuttgart und Umgebung in der bestmöglichen Weise darstellt.

Probenummer.

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

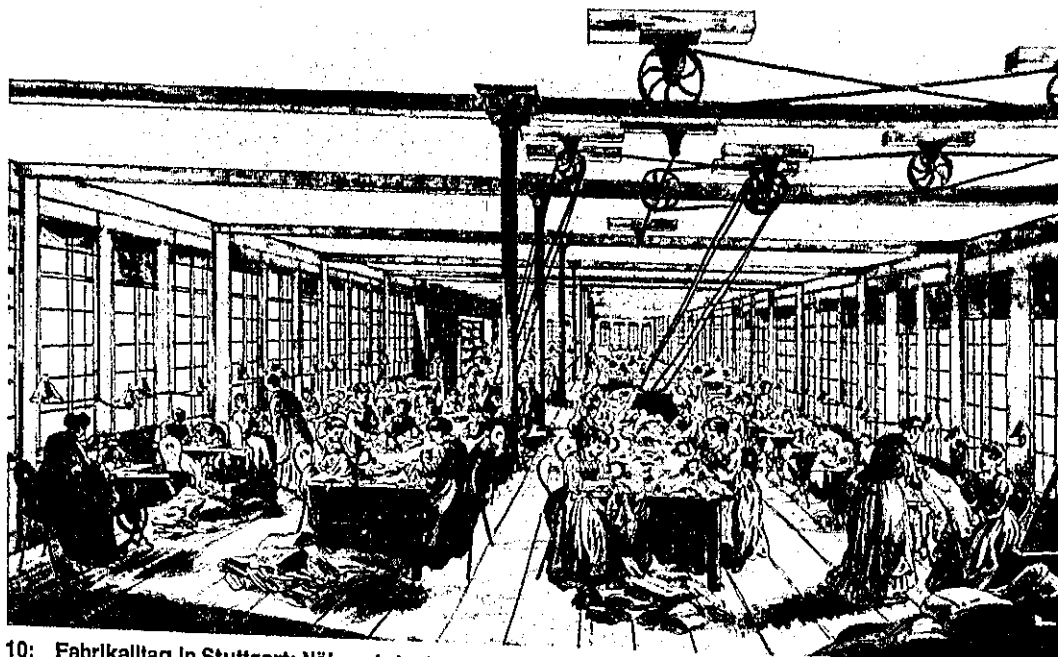
Herausgegeben von Emma Meyer in Berlin (West).

Stuttgart, Samstag, den 28. Dezember 1891.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis dreimonatlich 3 Mk., halbjährlich 5 Mk., jährlich 10 Mk.

date zu gewinnen. Dies lag vor allem daran, daß die Stuttgarter Volkspartei Wahlbündnisse mit den liberalkonservativen Kräften einging, außerdem an der Wahlrechtsverschlechterung von 1885, durch die das kommunale Wahlrecht auf solche Personen beschränkt wurde, die Bürgerrecht besaßen und Gemeindesteuern zahlten. So mußten die Sozialdemokraten unter den Arbeitern dafür agitieren, die Kosten für den Erwerb des Bürgerrechts aufzuwenden. Der Erfolg war offenbar so gering, daß man bis 1890 auf die Beteiligung an Kommunalwahlen verzichtete. Inhaltlich konzentrierten sich die Stuttgarter Sozialdemokraten auf folgende Forderungen: Einführung eines paritätisch besetzten gewerblichen Schiedsgerichts – mit dieser Forderung hatten sie Erfolg, mit der Tätigkeit des Schiedsgerichts waren sie sehr zufrieden –, Aufstellung eines städtischen Fabrikinspektors, Einführung einer progressiven Einkommensteuer, Abschaffung der Wohnsteuer, gleiche Ausstattung der Volksschulen wie die der Mittel- und Bürgerschulen, Errichtung eines städtischen Volksbades und eine der Einwohnerzahl entsprechende Vertretung des Stadtdirektionsbezirks im Landtag [12], denn die Landeshauptstadt war im Landtag stark unterrepräsentiert.

In der Frauenfrage trat anfangs noch die Mehrheit der Genossen, darunter sogar Karl Klotz, für ein Verbot der Frauen- und Kinderarbeit ein, weil sie darin eine lohndrückende Konkurrenz für die Männer sahen. Im Lauf der achtziger Jahre setzte sich die Bejahung der Frauenarbeit als Mittel zur Frauenemanzipation durch, wobei selbstverständlich besondere Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen gefordert wurden. Damit folgte man den Vorstellungen, die August Bebel entwickelt hatte. Eine wichtige Rolle spielten dabei die selbständigen proletarischen Arbeiterinnenorganisationen, als deren erste am 10. September 1885 der „Fachverein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ gegründet wurde. 1886 hatte der Verein 80 bis 90 weibliche und etliche männliche Mitglieder; er löste sich aber noch im selben Jahr auf. Doch der am 4. November 1889 gegründete „Verein der in Buchbindeereien ... beschäftigten Arbeiterinnen“ war die erste Stuttgarter Arbeiterinnenorganisation, die Bestand hatte. Wie der 1. Mai, so wurde 1890 auch das Ende des Sozialistengesetzes im Saal gefeiert. Bei allgemein ausgelassener Feststimmung erklärte Karl Klotz am 30. September, „den veränderten Verhältnissen müsse eine veränderte Taktik“



10: Fabrikalltag in Stuttgart: Nähssaal der Firma Wilhelm Benger Söhne in Heslach, um 1885.

entgegengestellt werden. Wie unter dem Sozialistengesetz seien auch weiterhin zwei Faktoren ausschlaggebend für den Erfolg, nämlich „Disziplin und Vertrauen“. Einen Gelächtersturm erregte Jacob Stern, als er beim Schlag der Mitternachtsstunde

„... ein blutrotes Taschentuch an seine Augen führte und sodann den überwachenden polizeilichen Schutzengeln ironischen Dank abstattete und sie einlud, uns auch ferner mit ihrem geschätzten Besuch zu beehren, zumal sie bei uns Vernünftigeres zu hören bekämen als bei den anderen Parteien“. [13]

Ideologisch gesehen entwickelte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre der Marxismus auch in Stuttgart eindeutig zur dominierenden Parteiströmung. Dies bedeutet nicht, daß nun sämtliche Stuttgarter Genossen orthodoxe Marxisten geworden wären. Es bedeutet vielmehr, daß sich seit 1887 niemand mehr offen dem Marxismus als Parteideologie widersetzte, auch nicht der dem rechten Parteiflügel zugehörige Wilhelm Blos. Gegen ihn nahm die Stuttgarter Partei in mehreren Kontroversen Stellung, und sie bekannte sich zu dem von Eduard Bernstein marxistisch redigierten „Sozialdemokraten“ und zu dem marxistisch-klassenkämpferischen Parteiführer August Bebel. 1889 bekannte sich Karl Klotz in einer öffentlichen Versammlung zum Marxismus, als er vom Internationalen Sozialistenkongreß in Paris berichtete, wohin man ihn als Delegierten entsandt hatte. Er war als Reichstagskandidat und klassenkämpferischer Gewerkschaftsvorsitzender der führende Stuttgarter Sozialdemokrat.

Eine besondere Rolle spielte der ehemalige Buttenhausener Rabbiner Jacob Stern: Einerseits trug er durch Vorträge und Broschüren zur Verbreitung des Marxismus bei, andererseits baute er seine staatssozialistischen Auffassungen erst im Lauf der Jahre ab. Seiner evolutionären Grundhaltung blieb er aber zeitlebens treu. Stern schrieb der Sozialdemokratie eine Ventilfunktion zu: Die Partei lenke die im Proletariat angestaute Erbitterung in friedliche Bahnen, indem sie mit positiven Zielen auf gewerkschaftliche und politische Organisation orientiere und gewaltsame Erschütterungen verhindere.

Arbeiterpartei Stuttgart.

Wahlvorschlag

Gemeinderaths - Wahl

am 10., 11. und 12. Dezember 1889.

1. Auerhammer, Alois, Schneider.
2. Aspler, Georg, Redakteur des „Schwäb. Wochenblattes“.
3. Alzer, Christian, Instrumentenmacher.
4. Bösch, Franz, Mechaniker.
5. Geißelmann, Albert, Kaufmann.
6. Schelling, Adolf, Bildhauer.
7. Scheuing, Karl, Schuhmachermeister.
8. Schwab, Michael, Drehermeister.
9. Stern, J., Schiffsflecker.
10. Wirth, Julius, Buchbinder.

An die Wähler! Nehmt mir Ehre an dem Wahlvorschlag bestens empfohlen, ersuchen wir Sie, denselben weiteste Verbreitung zu geben.

Das Arbeiter-Wahlkomité.
J. A. G. Schöchl.

11: Seit 1882 wurde das Sozialistengesetz milder gehandhabt, wurden solche Ersatzorganisationen geduldet.

Mit seiner einseitigen Fixierung auf Wahlerfolge trug Stern zur Verbreitung der Illusion bei, die demokratischen und sozialistischen Ziele der Sozialdemokraten seien friedlich, also ohne revolutionäre Gewalt zu verwirklichen.

In der ersten Jahreshälfte von 1883 versammelten sich in Stuttgart führende Exponenten der damals in der Partei vertretenen Strömungen: die beiden gemäßigten Sozialreformer Wilhelm Blos und Bruno Geiser, die von den Marxisten als „Opportunisten“ bekämpft wurden, die Marxisten Karl Kautsky und Hermann Schlüter, die klassenkämpferischen Gewerkschafter Karl Klotz und Wilhelm Taute und der ethische Sozialdemokrat Albert Dulk. 1883 ergab sich also – ausgelöst durch die Stuttgarter Verlagstätigkeit von Johann Heinrich Wilhelm Dietz – eine Konstellation, die Stuttgart fortan – im Grund genommen bis heute – zu einem Zentrum sozialdemokratischer Theoriediskussion gemacht hat. Im selben Jahr wurde

Der Aufstieg

450 Mitglieder zählte die Stuttgarter SPD im Jahre 1890, fast 10 000 am Vorabend des Ersten Weltkriegs, 1914. Ein rasanter Aufstieg: immer mehr Mitglieder, immer mehr Wähler, immer mehr Mandate!

Das war eine Partei,

- die sich mit deutscher Perfektion und Gründlichkeit organisierte,
- die viel von ihren Mitgliedern forderte - und viel erreichte,
- die die stärkste in allen Gremien wurde und mehrmals die Mehrheit erkämpfte: bei der Landtagswahl 1895 heute unvorstellbare 56,6 Prozent!
- die 1911 um ein Haar den Oberbürgermeister gestellt hätte.

Das war eine Partei mit einem radikalen Programm und einer reformerischen Praxis,

- eine Partei, in der es toll, bisweilen chaotisch zuing, wo gehobelt wurde zwischen links und rechts und nicht nur Späne fielen,
- eine Partei, die sich als „Armee Korps in der Weltarmee des Proletariats“ verstand,
- eine Partei vor allem, die ein unverrückbares Ziel vor sich sah: den Sieg des Sozialismus!

Mit einer Traueranzeige beginnt der Aufstieg, einer ironisch gemeinten - auf den Tod des Sozialistengesetzes! Mit einem Trauerspiel endet diese Epoche: der Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914. [1]

13: Diese Traueranzeige auf den Tod des Sozialistengesetzes erschien im „Schwäbischen Wochenblatt“ im August 1890.



* Gestern Nacht Schlag 12 Uhr verschied im Alter von zwölf Jahren unsere innigstgeliebte Tochter, Nichte und Freundin:
Sozialistengesetz.

Der 20. Februar dieses Jahres warf sie auf das Krankenlager, auf welchem sie zusehends dahinsiechte. Die bösartige Kartellitis, welche sie befallen hatte, widerstand jeder ärztlichen Kunst. Wer sie noch vor einigen Jahren sah, wie sie von Gesundheit und Jugendfrische strotzte und in ihrem Uebermuth Alles zerschlug, zerbrach und zertrat, was ihr nicht behagte, der musste von innigem Leid ergriffen werden, wenn er die Abgezehrte schwindstüchtig auf ihrem Krankenlager sah. Ach, welch schöne Hoffnungen erweckte sie in unseren Herzen bei ihrer Geburt und in der Blüthe ihres Lebens! Und alle diese Hoffnungen sinken nun mit ihr in's Grab! Mit tiefer Wehmuth, weinend und wehklagend, umstehen wir den Sarg der Unvergesslichen und Unersetzlichen. Wer die Eigenschaften der Verbliebenen kannte, wird die Tiefe unseres Seelenschmerzes ermessen können. Der Himmel schenke ihr baldige Auferstehung!

Auf Wiedersehen!

Um stille Theilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen:

Der Vater:

v. Bismarck, unfreiwilliger Privatier.

Die Mutter:

Reaktion, geb. Kapital.

Der Onkel:

v. Puttkamer, Staatsminister a. D.

Im Namen der Freundinnen:

Kölnische Zeitung.

Hamburger Nachrichten.

Schwäbischer Merkur.